

Am 25. März dieses Jahres hat das Saarland gewählt. Und die alte Landesregierung ist auch die neue. Für die nächsten fünf Jahre werden wir weiter von einer großen Koalition regiert. Auch wenn die ersten 100 Tage der neuen Regierung schon lange verstrichen sind, wollen wir uns im Folgenden insbesondere mit Umwelt- und Energiepolitik auseinandersetzen. Was erwartet uns in den nächsten fünf Jahren? In welchen Bereichen will der saarländische Umweltminister Reinhold Jost seine Schwerpunkte setzen?

Und die Herausforderungen, die vor uns liegen, sind groß. Wenn es beispielsweise darum geht, die Umbrüche in der saarländischen Energiepolitik zu gestalten. Oder wenn es darum geht, die in dem letzten Jahr auch mit Beteiligung des BUND ausgearbeiteten Strategien und Maßnahmen zur Nachhaltigkeit und Biodiversität mit Leben zu erfüllen.

Seite 10-11

Biodiversität, Gewässerschutz und Landwirtschaft im Einklang für eine intakte Umwelt

Gemeinsam für einen starken Natur- und Umweltschutz

Seite 12-13

Saarland nach der Wahl

Erwartungen eines Umweltverbandes an die Politik

Seite 14-15

Erneuerbare Energien ausbauen, Effizienz steigern

Energieland Saarland im Umbruch

Seite 16

Änderung Waldgesetz

Beruhigungspille mit Nebenwirkungen

Seite 17

Saarland bekommt „Nachwuchs“

BUND beteiligt sich bei der „Geburtshilfe“

Als Minister für Umwelt und Verbraucherschutz des Saarlandes, einem stark industriell geprägten Bundesland, ist es das Ziel meines politischen Handelns, hohe Naturschutzanforderungen mit der Sicherstellung des hohen wirtschaftlichen Standards zu vereinen. Während gesellschaftliche Anforderungen an Umwelt- und Naturschutz steigen, muss gleichzeitig den historisch bedingten Umweltbelastungen begegnet werden. Gemeinsam mit gesellschaftlichen Akteuren haben wir auf regionaler Basis Maßnahmenprogramme entwickelt, die zur Eindämmung der Umweltprobleme beitragen sollen.

Das Saarland engagiert sich in herausragender Weise für den Erhalt unserer natürlichen Arten- und Lebensgrundlage. Die Eindämmung des Verlustes biologischer Vielfalt ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Unter der Federführung des Ministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz wurde daher im Herbst 2015 der erste Teil der saarländischen Biodiversitätsstrategie, konkret das Fachkonzept zur Erhaltung der biologischen Vielfalt im Saarland, fertiggestellt. In diesem Fachkonzept bewerteten und analysierten Experten anhand von 500.000 Einzeldaten die internationale, bundes- und landesweite sowie regionale Bedeutung von Art- und Lebensraumvorkommen. Es erfolgte eine Festlegung von wertvollen Kernflächen der Biodiversität sowie Biotopverbundflächen. Landesweit identifizierten die Experten 633 bedeutsame Flächen für den Biodiversitätsschutz.

Im Ergebnis verdeutlicht das Fachkonzept zur Biodiversitätsstrategie, dass unser aktuelles Schutzgebietsnetz einen sehr wirkungsvollen Beitrag zur Erhaltung der biologischen Vielfalt liefert. Dabei sind der Nationalpark Hunsrück-Hochwald, die Naturschutzgebiete des NATURA-2000-Schutzgebietsnetzes und die aus den Naturschutzgroßvorhaben entstandenen Großschutzgebiete sowie der „Urwald vor den Toren der Stadt“ wesentliche Bausteine dieses Systems.

Aufbauend auf der Bestandserfassung und -bewertung wurde im Jahre 2016 als zweiter Teil der Biodiversitätsstrategie das Maßnahmenprogramm zur Erhaltung der biologischen Vielfalt entwickelt. Verschiedene Handlungsfelder, die sich an denen der neuen Naturschutzoffensive 2020 des Bundes orientieren, formulieren Zielsetzungen, die schließlich in Maßnahmen münden. Das Saarland war somit das erste Bundesland, das die Vorgaben der neuen Naturschutzoffensive 2020 des Bundes konkret und handlungsfeldbezogen auf der Fläche umsetzt. Erarbeitet wurden die Maßnahmenvorschläge in enger Zusammenarbeit mit den regionalen Vereinen und Verbänden von Naturschutz und Landnutzung. Zur Umsetzung erster Maßnahmen der Biodiversitätsstrategie wurde im neuen Haushalt ab 2018 entsprechende Vorsorge getroffen. Verschiedene Projekte befinden sich außerdem bereits in der Umsetzung:

1 Vorbereitungen zur Realisierung einer ehrenamtlich basierten Artenkenner-Akademie unter Beteiligung der Naturschutzverbände, des Berufsverbandes der Biologen und Landschaftsökologen (SBDL) sowie der

Naturforschenden Gesellschaft des Saarlandes (Delatitia e.V.).

2 Erarbeitung eines Leitfadens „Biodiversität im Wirtschaftswald“ („Wald.Vielfalt.Leben“), in dem wichtige Kernforderungen zur Sicherung der biologischen Vielfalt im Wirtschaftswald formuliert werden.

3 Erstellung eines Fachkonzeptes zur effizienten Umsetzung von Biodiversitäts-Maßnahmen im besiedelten Bereich mit ersten Vorschlägen zur Durchführung von ausgewählten Pilotprojekten.

Eine optimale Umsetzung der Projekte wird, davon bin ich überzeugt, eine nachhaltige Entwicklung der Arten- und Lebensraumtypen sicherstellen.

Verschieben wir den Fokus auf die saarländischen Gewässer, sind die Belastungen durch Auswirkungen des hohen Siedlungsdrucks sowie der Industrie und Landwirtschaft ebenfalls deutlich sichtbar. Dieser Zustand ist historisch bedingt. Nach dem Krieg waren die großen Herausforderungen zunächst die Versorgung mit Trinkwasser und die Beseitigung des Abwassers. Eine Generation lang hat es gedauert, bis beide Ziele erreicht waren. Heute liegt der Schwerpunkt auf der Verminderung der Belastungen der Gewässer durch den Menschen. Und wieder wird es eine Generation dauern, bis wir das Ziel erreichen.

Mit der Wasserrahmenrichtlinie soll europaweit der gute Zustand der Gewässer erhalten oder wiederhergestellt werden. Bereits 2015 entstand im Saarland dafür ein umfangreiches Programm mit insgesamt 449 Maßnahmen, das durch Gemeinden, den Entsorgungsverband Saar (EVS), das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz und die anderen zuständigen Behörden umgesetzt wird. Das Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz unterstützt die Maßnahmenträger mit der „Aktion Wasserzeichen“, der Förderrichtlinie Gewässerentwicklung und zahlreichen weiteren Einzelmaßnahmen. In der Landwirtschaft z.B. durch die Bereitstellung eines Gewässerschutzberaters und der verstärkten Kontrolle der Einhaltung wasserrechtlicher Anforderungen. Die Gemeinden werden durch einen externen Gewässerberater bei der Umsetzung der geförderten kommunalen Gewässerschutzprojekte wie strukturverbessernde Maßnahmen im und am Gewässerbett unterstützt.

Gleichzeitig laufen die Vorbereitungen für die nächste Stufe des Maßnahmenprogramms. 2018 werden Zeitplan und Arbeitsprogramm, im Jahr darauf die wichtigen Wasserbewirtschaftungsfragen zusammengestellt. 2020 folgt schließlich die 3. Stufe des Bewirtschaftungsplans. Danach ist die EU am Zug, sich auf neue Leitlinien zu einigen. Gelingt jedoch die Fortschreibung der Wasserrahmenrichtlinie nicht rechtzeitig, werden die Ambitionen im Gewässerschutz drastisch sinken. Die Unterstützung der Umweltverbände bei der Umsetzung der Maßnahmen und der hoffentlich kommenden Novelle erachte ich als dringend notwendig.

In der Diskussion über Artensterben und Gewässerbelastung sind für viele Naturschutzverbände die Landnutzer die Übeltäter. Dieser Sichtweise widerspreche ich jedoch deutlich. Das Kapital der Landwirtschaft ist saubere Luft, reines Wasser, ein guter Boden sowie eine gesunde Arten- und Lebensraumvielfalt.

Als Umweltminister habe ich ein besonderes Interesse daran, eine klima-, tier- und sozialverträgliche Landwirtschaft zu fördern, die besonders geeignet ist, die natürlichen Ressourcen zu schützen und die gleichzeitig für den Erhalt der regionaltypischen Kulturlandschaft steht. Dieses Ziel soll erreicht werden, indem bäuerliche Familienbetriebe durch Förderprogramme unterstützt werden. Die Umsetzung gesellschaftlich relevanter Leistungen durch die Landwirtschaft wird gezielt durch öffentliche Gelder gefördert. Wir binden also die Landwirtschaft als eine der tragenden Säulen in die saarländische Biodiversitätsstrategie ein.

Die Förderung des Ökologischen Landbaus habe ich finanziell aufgestockt. Seit 2015 ist der Flächenanteil angestiegen. Aktuell werden ca. 16 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche im Saarland ökologisch bewirtschaftet. Diese Spitzenposition im Ökolandbau soll weiter ausgebaut werden. Bis zum Jahr 2022 verfolge ich das Ziel, einen Flächenanteil von 25 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in ökologischer und nachhaltiger Bewirtschaftung zu haben.

Die Ausdehnung des Ökologischen Landbaus trägt dabei auch zur Minimierung der Belastungen für Boden und Wasser bei, sodass die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) erfüllt werden können. Die Landwirte werden zudem gezielt unterstützt und beraten, wie die Gewässerbelastung durch Nitrat minimiert werden kann. Dies und die insgesamt extensive Landwirtschaft ohne größere Tierhaltungsanlagen führen dazu, dass



Foto: Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Reinhold Jost, Minister für Umwelt und Verbraucherschutz.

im Saarland als einzigem Flächen-Bundesland an keiner Messstelle des neuen deutschen Nitratmessnetzes der Grenzwert von 50 mg/l überschritten wird.

Etwa 93 Prozent der Agrarflächen im Saarland weisen naturbedingte Nachteile für die Landwirtschaft auf. Zwar wirkt sich dies sehr positiv auf Natur und Umwelt aus, jedoch besteht aufgrund des internationalen Wettbewerbsdrucks die Gefahr, dass sich die Landwirtschaft in solchen Gebieten zurückzieht.

Aus diesem Grund habe ich mich entschieden, mich für die Nicht-Gunststandorte auf europäischer Ebene einzusetzen, um so die flächendeckende Landwirtschaft zu erhalten. Mit Erfolg. Für das Saarland wird es zukünftig einen finanziellen Ausgleich für die naturbedingte Benachteiligung geben. Gemäß meinem politischen Credo, miteinander statt übereinander reden, will ich mich auch in Zukunft in enger Zusammenarbeit mit Naturschutz- und Landnutzerverbänden für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen zum Wohle der Gesellschaft einsetzen. Wenn Artenschutz, eine flächendeckende bäuerliche Landwirtschaft und dauerhafter Gewässerschutz in Einklang gebracht werden, können wir eine intakte Umwelt erhalten.

*Gastbeitrag
Reinhold Jost,
Minister für Umwelt
und Verbraucher-
schutz seit 2014*

Erwartungen eines Umweltverbandes a

Das Wahljahr neigt sich dem Ende zu. Während im Saarland nach der Wahl im März bereits eine Koalition aus CDU und SPD erneut ihre Regierungsarbeit aufgenommen hat, staunt der Wähler über die Vorgänge in Berlin. Zur Landtagswahl im Saarland hatte der BUND Saar seine Erwartungen den politischen Parteien zukommen lassen – eine ziemlich lange Liste. Und auch zu lang, um hier alles darstellen zu können.

Zu den Punkten, bei denen das Saarland über den Bundesrat sein Gewicht geltend machen soll, zählen neben der Forderung, bei den Freihandelsabkommen in der jetzigen Form die Zustimmung zu verweigern, vor allem wegen der Aussagen zur Landwirtschaft. Die Neuorientierung der EU-Agrarpolitik, insbesondere zur Subventionspolitik, wird als entscheidender Schlüssel für eine Stärkung der ökologischen Landwirtschaft gesehen. Mit Vehemenz wird von der Bundesregierung gefordert, sich für eine Einschränkung von Düngemitteln und Agrochemikalien einzusetzen. Hierunter fällt das Verbot von Pestiziden wie Glyphosat und Neonikotinoiden. In der Agrarstruktur soll die Privilegierung von Tierhaltung und Biogasanlagen im Außenbereich zurückgenommen werden. Im Zusammenhang mit allen Nutzungsformen wird zur Entspannung der Problematik die Einrichtung eines eigenen EU-Naturschutzfonds als notwendig erachtet.

Zu den obigen Forderungen an die über das Saarland hinausreichende Politik stellen sich auch Erwartungen an die saarländische Innenpolitik, allen voran die Themen betreffend, die sich als Verpflichtungen von Seiten der Europäischen Union und internationaler Abkommen ergeben.

Umsetzung EU-Wasserrahmenrichtlinie

Nachdem in der letzten Legislaturperiode „quasi mit quietschenden Reifen“ die Defizite vergangener Landesregierungen in Sachen FFH-Richtlinie aufgearbeitet wurden, stehen weitere Aufgaben von Seiten der Europäischen Union an. Wie die anderen Bundesländer leidet auch das Saarland unter einer föderalistisch zersplitterten Umweltpolitik. Das Fehlen eines Bundesumweltschutzgesetzes, das zu Erstellen auch Ziel der Föderalismusreform war, macht aus jedem Bundesland einen „Eigenkämpfer/brödler“. Verschärft wird dies auch durch die zögerliche Reaktion in der Bundespolitik. Die unsägliche Diskussion zur Düngemittelverordnung führte nicht zu einem guten Ergebnis, auch nicht zu einem Kompromiss, sondern eher zu einem „Kompostmist“. Die Folgen müssen jetzt im Saarland ausgebadet werden, z.B. bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie oder der Nitraträchtlinie.

Während das Saarland in Sachen Nitraträchtlinie mit einem blauen Auge davonzukommen scheint (einzig im Einzugsgebiet der Leuk gibt es ein Altlastenproblem), steht die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in dieser Legislaturperiode unmittelbar an. Der zweite Bewirtschaftungszyklus endet 2021, also ein Jahr vor Ende der Legislaturperiode. Bis dahin sollen sich alle Gewässer im Saarland in einem „guten ökologischen Zustand“ bzw. „in einem guten ökologischen Potential“ befinden. Davon ist man noch weit entfernt, ca. 95 Prozent der Gewässer entsprechen zur Zeit noch nicht diesen Ansprüchen. Der BUND Saar sieht durchaus die Schwierigkeiten bei der Umsetzung, die ja nicht nur das Saarland, sondern auch die anderen Bundesländer betreffen und natürlich auch die anderen Staaten in der Europäischen Union. Nachdem in den vergangenen Jahren sehr viel Wissen über Wirkungen von Umweltfaktoren hinzugekommen ist, fordert der BUND Saar, dass das nicht sehr ins Detail gehende Maßnahmenprogramm massiv mit baulichen Veränderungen zugunsten der Wasserqualität umgesetzt wird.

Hierbei sollte der Schwerpunkt nicht auf Äußerlichkeiten wie Gewässerrenaturierung gelegt werden, sondern vor allem auf die kontinuierlich gute Qualität des Wassers. Das äußere Erscheinungsbild wird sich in vielen Gewässern auf natürliche Art und Weise über die Zeit einstellen, auch wenn man manchmal dazu einen Anstoß geben muss. Warum diese EU-Richtlinie jeden Saarländer interessieren sollte? Bei Nichteinhaltung droht ein Vertragsverletzungsverfahren mit unter Umständen empfindlichen Geldstrafen, die jeder Bürger im Saarland in seinem Geldbeutel spüren wird. Doch es liegt nicht allein an der Landesregierung bzw. am Umweltministe-



Foto: Steffen Pötel

n die Politik

rium, hier erfolgreich zu sein, jede einzelne Kommune ist hier gefordert. Um die EU-Wasserrahmenrichtlinie voranzubringen, gibt es zahlreiche Einzelforderungen, die sowohl in die Praxis der Landwirtschaft als auch in die kommunale Siedlungswasserwirtschaft reichen:

- ➔ mehr Ökolandbau, vor allem im Bliesgau aus geologischen Gründen und zur Stärkung der Biosphärenregion;
- ➔ konsequente Überwachung der Gewässerrandstreifen, Einrichtung eines Gewässerentwicklungskorridors;
- ➔ Initiative zur Verhinderung von Grünlandumbrüchen u.a. in Gewässernähe, Auszäunen der Viehbeweidung;
- ➔ Errichtung eines verbindlichen Regelwerkes für Maisanbau auf stickstoffübersättigten Böden;
- ➔ Errichtung eines Programms zur Vermeidung von Einträgen aus der Mischkanalisation (Regenwasser gemischt mit Abwasser) in die Gewässer;
- ➔ Maßnahmenprogramm gegen zunehmende Niedrigwassersituationen (Regenwasserbewirtschaftung, Entsiegelung);
- ➔ Anpassung der landesrechtlichen Vorschriften entsprechend der EU-Erfordernissen bei der Wasserrahmenrichtlinie, dem Trinkwasserschutz und vielem mehr.

Schutz Biodiversität

Aus der globalen Verpflichtung zum Schutz der biologischen Vielfalt ergeben sich zahlreiche Forderungen oft sehr kleiner Maßnahmen mit insgesamt großer Wirkung, die beginnend mit dem Leitpapier zur Waldbewirtschaftung, das Saarland auf neue Wege bringen sollen. Diese Instrumente konsequent weiterzuverfolgen, ist eine Forderung des BUND Saar. Der BUND hat in der zurückliegenden Legislaturperiode an der Erarbeitung eines Maßnahmenkonzeptes zur saarländischen Biodiversitätsstrategie mitgearbeitet. In den kommenden Jahren wird es darum gehen, dieses Konzept durch konkrete Maßnahmen mit Leben zu füllen. Dazu muss auch der saarländische Landtag bereit sein, im Haushalt entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Unterstützt werden soll dies über ein Landesprogramm „Grüne Infrastruktur“ zur Stärkung des Biotopverbundes. Unter anderem zur Umsetzung dieser Vorhaben im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen Land und Umweltverbänden fordert der BUND Saar die Einrichtung von „Biologischen Stationen“ bzw. im Zusammenhang mit der partizipativen Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie die Einrichtung eines „Wassernetzes“.



Foto: BUND Saar

Nachhaltigkeit

Zukunft gestalten ist nach Auffassung des BUND Saar nicht allein eine administrative Aufgabe des Landes und seiner Kommunen, sondern wird im Grunde durch die Gesellschaft getragen. Die Tragkraft der Gesellschaft ist aber nur so gut wie ihre Bildung. Von daher hat der BUND Saar im Vorlauf zur Landtagswahl ein ganzes Bündel an Forderungen erhoben, die zukunftsorientiert die Umweltthemen im Sinne der Nachhaltigkeit, wie sie von Seiten der UNESCO global formuliert wurden, in die Bildungspolitik von Kindergarten über die Schule bis zur Lehrerausbildung weiterentwickeln. BNE – Bildung für nachhaltige Entwicklung ist hier das Konzept, bei deren Umsetzung das Saarland gut aufgestellt ist, aber noch besser werden kann. Auch hier gilt: Die Politik muss ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stellen.

Und auch die saarländische Nachhaltigkeitsstrategie ist weiterzuentwickeln und vor allem mit konkreten Projekten sichtbar zu machen.

Verkehr und Umwelt

Ein wichtiges Thema ist auch der Verkehr. Zum Forderungsschwerpunkt des BUND Saar gehört die weitere Ertüchtigung des öffentlichen Nahverkehrs. Dies beinhaltet nicht nur eine Steigerung des Angebotes, sondern auch eine bessere Organisation der Anbieter und ganz wesentlich die Bezahlbarkeit durch den Kunden. Der ÖPNV im Saarland ist zu teuer. In die Gesamtbilanz bei der ÖPNV-Entwicklung müssen z.B. die Einsparungen beim Ausbau und Unterhalt der Straßen als Gegenwert mit einberechnet werden. Als neue Komponente in die Verkehrsentwicklung ist auch die zu erwartende Zunahme der E-Mobilität durch flankierende Maßnahmen zur Ladeinfrastruktur durch das Land zu fördern. Diese Forderung erschließt den synergistischen Weg zu vielen Umweltvorteilen wie Lärmreduzierung und saubere Luft. Da das Saarland als gut erschlossen bezeichnet werden kann, müssen auch alle geplanten Ortsumfahrungen aus dem Bundesverkehrswegeplan auf den Prüfstand. Dazu zählt auch die Neubewertung der B 423 neu in Homburg, die in hohem Maße einen Eingriff in die Natur darstellt, aber keine spürbare Entlastung bringen wird.

Steffen Potel

Energieland Saarland im Umbruch

Neue Energie für das Saarland – so lautet die Überschrift zu Kapitel 5 der Koalitionsvereinbarung, in dem die saarländische Landesregierung ihre Energiepolitik für die nächste Legislaturperiode festgelegt hat. Dabei werden wesentliche Rahmenbedingungen in Berlin und Brüssel gesetzt, nicht unbedingt in Saarbrücken. Und der Ausstieg aus der Kohleverstromung rückt langsam näher. Nicht nur die saarländische Energielandschaft ist im Umbruch. Kann das Saarland von einem Energieland zu einem Energiewendeland werden?

Auf sechs Seiten widmet sich die Koalitionsvereinbarung diesem wichtigen Thema. Zu lesen ist dort etwas über die Gestaltung der Energiewende, preisgünstige Energie, intelligente Energieversorgung und einem klugen Energiemix und noch vieles mehr. Laut Koalitionsvereinbarung ist „das Saarland ein Land voller Energie – und das soll auch so bleiben. Wir setzen uns für eine moderne Energieversorgung ein, die sicher, preisgünstig und klimaverträglich ist. Wir wollen den Energieverbrauch im Saarland deutlich reduzieren und den Anteil erneuerbarer Energien am saarländischen Stromverbrauch bis zum Jahre 2020 auf mindestens 20 Prozent erhöhen – als Basis für den weiteren Ausbau.“

Es ist aber fraglich, ob dieses Ziel überhaupt noch erreicht werden kann. Und: Wie geht es nach 2020 weiter? Dabei werden die Weichen für einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in Berlin gestellt. Wesentliche Stellschraube ist hier das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das festlegt, wie der Ausbau der erneuerbaren Energien „gefördert“ werden soll. Wesentlicher „Knackpunkt“ für einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien sind hier zwei Regelungen. Zum einen wird der Ausbau der Stromerzeugung aus Wind und Sonne gedeckelt. Es darf nicht mehr als eine bestimmte Leistung im Jahr zugebaut werden, obwohl Potenzial und Nachfrage viel größer sind. Und vor allem schlecht fürs Saarland ist die Umstellung bei der Festlegung der Vergütung für die erzeugte Kilowattstunde Strom. Dieses wird seit diesem Jahr über ein Ausschreibungsmodell festgelegt,

bei dem das Saarland wenig Chancen haben wird, wenn man sich die Angebotspreise genauer anschaut. Zu den dort festgelegten Vergütungen insbesondere bei der Windkraftnutzung lassen sich Projekte nur sehr schwer im Saarland umsetzen. Fraglich ist auch, ob die Projekte, die bei den bisherigen Ausschreibungsrunden einen Zuschlag erhalten haben, überhaupt durchgeführt werden können. Ein Großteil der Windparkprojekte hat noch keine Genehmigung und muss erst in vier Jahren umgesetzt sein. Ob dann die Preise für die Anlagen so stark gesunken sein werden, worauf manche Projektierer spekuliert haben, ist fraglich. Die Folge: Die Ausbauziele werden nicht erreicht.

Und auch die Novellierung des Landeswaldgesetzes, die die Windkraftnutzung im Wald auf Staatswaldflächen weiter einschränken soll, macht es nicht einfacher für die Windkraftnutzung im Saarland (siehe auch Beitrag Seite 16).

Was kann die Politik tun? Wenn wir tatsächlich die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien nicht nur in Saarland und auch die international vereinbarten Klimaschutzziele zur Reduktion der Treibhausgase ernst nehmen, dann muss beim Ausbau der erneuerbaren Energien als einer der tragenden Säulen der Energiewende dringend nachgesteuert werden. Im Sinne einer dezentralen Energieversorgung muss ein regionaler Ausbau sichergestellt werden. Sonst müssen die Stromleitungsnetze noch stärker ausgebaut werden. Dabei hat das Saarland ein sehr gutes Netz, das noch viel erneuerbaren Strom aufnehmen kann. Dazu gehört auch, dass der Ausbau nicht länger gedeckelt werden darf.

Wichtig ist auch, dass bei der Solarstromerzeugung neue Anreize geschaffen werden. Unter Abwägung vieler auch naturschutzfachlicher Kriterien liegt für das Saarland schon seit über einem halben Jahr ein Vorschlag auf dem Tisch, wie in benachteiligten (landwirtschaftlichen) Gebieten die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen ermöglicht werden kann. Die dafür notwendige Verordnung ist aber noch nicht in Kraft. Hier muss die Politik handeln, sonst wird das Saarland weiter abgehängt beim Ausbau der erneuerbaren Energien.

Ausstieg Kohleverstromung

Zu lesen ist in der Vereinbarung, dass bei dem Energiemix Kohle und Gas eine wichtige Brücke auf dem Weg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien sein sollen. Doch diese Brücke trägt nicht mehr, insbesondere was



Foto: BUND Saar

Photovoltaik-Anlage mit Kraftwerk Quierschied.

die Kohleverstromung angeht. Spätestens seit der Verhinderung des ehemals geplanten Mega-Kraftwerks der RWE in Ensdorf mit einer Leistung von 1.600 MW im Jahr 2007 war klar, dass das Zeitalter der Kohleverstromung auch im Saarland zu Ende geht. Und zehn Jahre später ist es soweit: Das Kohlekraftwerk in Ensdorf stellt Ende des Jahres seinen Betrieb ein. Und auch die beiden Kraftwerke in Bexbach und Quirschied stehen auf der Kippe: Deren Schließung war schon 2016 von der STEAG geplant, wurde aber nicht genehmigt. Eine Schließung könnte 2019 erfolgen. Und auch auf Bundesebene wird Bewegung in dieses Thema kommen, wie man den Verhandlungen zur Bildung einer Koalition nach der Bundestagswahl entnehmen konnte.



Kraftwerk Ensdorf.

Foto: Christoph Hassel

Stahlindustrie und Klimaschutz

Laut Koalitionsvereinbarung will die Landesregierung zusätzliche Belastungen von der Stahlindustrie fernhalten. In der Vereinbarung steht: „So dürfen der Fremdstrombezug und die Eigenstromerzeugung nicht mit zusätzlichen Kosten belastet werden, etwa bei künftigen EEG-Novellen. Auf EU-Ebene muss der Emissionshandel in der 4. Handelsperiode 2021-2030 so ausgestaltet werden, dass die internationale Konkurrenzfähigkeit der Branche gesichert wird.“

Es ist richtig, in Anbetracht der chinesischen Konkurrenz auf internationale Wettbewerbsfähigkeit zu achten. Die Stahlindustrie sollte aber nicht ganz aus der Verantwortung genommen werden, weil sie in der Vergangenheit sehr großzügig gefördert wurde. Im Jahr 2011 hat Deutschland nach der Studie „Klimagoldesel 2013“ der Klimaschutzorganisation Sandbag seinen Industriebetrieben 85 Millionen Zertifikate mehr überlassen, als sie zur Abdeckung ihrer Emissionen brauchen, davon 52

Millionen für die Stahlindustrie. Die eisen- und stahlproduzierenden Firmen hatten von 2008 bis 2010 einen Überschuss von 50,4 Millionen Zertifikaten mit einem geschätzten Wert von 654,6 Millionen Euro.

So wichtig die Stahlindustrie für das Saarland auch sein mag, hält der BUND es für unverantwortlich, mit welcher Vehemenz die saarländische Landesregierung eine Reform des Emissionshandels bekämpft. „Man darf das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und eines der wichtigsten Instrumente für mehr Klimaschutz in Europa auf diese Art und Weise torpedieren, wie die Landesregierung dies tut. Nur durch eine Reform kann der Emissionshandel seine volle Wirkung für mehr Klimaschutz entfalten. Die Notwendigkeit des Klimaschutzes aber scheint an dieser Stelle für die Landesregierung keine allzu große Rolle zu spielen“, so Michael Grittmann, stellv. Landesvorsitzender des BUND Saar.

Wärmewende und Effizienz

Mit dem saarländischen Wärmeatlas wurde eine gute Grundlage geschaffen (siehe auch den Beitrag auf den Seiten 30 bis 31). Jetzt sind saarländische Akteure am Zug. Aber noch wichtiger: In Berlin müssen endlich die Weichen so gestellt werden, dass es für die Akteure auch attraktiv wird, solche Projekte zur Nahwärmeversorgung anzupacken. Erforderlich ist hierzu die nachhaltige Ausweitung der finanziellen Fördermöglichkeiten für solche Projekte, denn die Konkurrenz durch einen niedrigen Ölpreis ist groß. Im Wärmesektor schlummern noch große Einsparpotenziale. Auch müssen die effiziente Nutzung von Energien und die Energieeinsparung weiter vorangebracht werden. Das Saarland hat hier gute Förderprogramme für Kommunen, etwa bei der Sanierung der Straßenbeleuchtung, wo Einsparungen bis zu 70 Prozent möglich sind.

Diskurs führen

In der Energie- und Klimaschutzdiskussion ist es nach Ansicht des BUND wichtiger denn je, wieder intensiver den gesellschaftlichen Diskurs zu führen über die Zukunft unserer Energieversorgung. Wir müssen viel stärker die Verantwortung für die Folgen unseres immer noch zu großen Teilen fossil-atomar gestillten Energiehungers übernehmen. Das fängt damit an, unter welchen Bedingungen beispielsweise die Kohle abgebaut wird, wenn man an die großen Abbaugelände in der Lausitz oder im rheinischen Revier für die Braunkohle oder die Tagebaue in Kolumbien für die Steinkohle denkt. Und hört letztendlich mit den Folgen für den Klimawandel auf, der vor allem die Länder des Südens treffen wird.

Das hat auch ganz viel mit globaler Gerechtigkeit zu tun, wenn man die Auswirkungen einfach auf andere Regionen der Erde und den dort lebenden Menschen verlagert. Wir dürfen dies nicht länger tun, sondern müssen schauen, wie wir die Energiewende unter Beachtung ökologischer und auch sozialer Leitplanken hier bei uns in Deutschland und auch im Saarland umsetzen können. Diesen Diskurs müssen wir führen, sonst droht die Akzeptanz für die Energiewende verloren zu gehen.

(ChH)

Beruhigungsspiel mit Nebenwirkungen

Oder doch Kniefall vor den Anti-Windkraft-Bürgerinitiativen nach den Landtagswahlen? Der Landtag hat im September eine Änderung des saarländischen Waldgesetzes beschlossen, mit der die Windkraftnutzung im Wald noch stärker eingeschränkt werden soll. Wie sieht der BUND das?

Eines erstmal vorweg: Der Erhalt ökologisch wertvoller Wälder hat für den BUND den höchsten Stellenwert. Der Verband engagiert sich schon seit vielen Jahren für eine naturnahe Bewirtschaftung unserer Wälder. So ist der BUND Kooperationspartner des SaarForst-Landesbetriebes und dem Umweltministerium im Forstrevier Quierschied, wo eine besonders extensive und naturnahe Form der Waldbewirtschaftung erprobt wird. Zudem hat der BUND sich für die Ausweisung des Warndtwaldes als Naturschutzgebiet eingesetzt. Und

auch bei der Ausweisung des grenzüberschreitenden Nationalparks „Hunsrück-Hochwald“ war er eine treibende Kraft.

Dennoch spricht sich der BUND aus Gründen des Klimaschutzes auch für eine Windkraftnutzung im Wald aus, wenn dabei ökologische Leitplanken bei der Auswahl von Standorten und dem Betrieb von Anlagen eingehalten werden. Um den saarländischen Wald insbesondere auf ökologisch sensiblen Standorten vor einer über-

mäßigen Windkraftnutzung zu bewahren, wäre aber nach Ansicht des BUND eine Änderung des saarländischen Waldgesetzes nicht erforderlich gewesen. Ohnehin wird der über 90.000 Hektar große saarländische Wald nur in sehr geringem Maße durch die Windkraftnutzung beansprucht. Bestehende Instrumente und Regelungen sind völlig ausreichend, um die Windkraftnutzung entsprechend zu beschränken. So ist beispielsweise die Errichtung von Windrädern in Naturschutzgebieten und in Kern-/Pflegezonen der Biosphäre Bliesgau nicht möglich. Ebenso ist beim Nachweis einer signifikanten Beeinträchtigung von windkraftsensiblen Vogel- oder Fledermausarten eine Windkraftnutzung ausgeschlossen.

Einwände und Bedenken

Im Rahmen der Anhörung im saarländischen Landtag hatte der BUND zahlreiche Einwände und Bedenken vorgetragen, die aber letztlich keine Beachtung gefunden haben. So ist es unverständlich, warum diese Gesetzesänderung nur für Staatswaldflächen gilt. Wenn man schon glaubt, eine solche Änderung des Gesetzes vornehmen zu müssen, dann sollte dies auch für alle Waldbesitzarten gelten. Auch die Beschränkung allein auf die Windkraftnutzung ist nicht nachvollziehbar. Andere Nutzungen wie der Bau von Straßen oder Sporteinrichtungen greifen zum Teil viel stärker in die Waldökosysteme ein als die Windkraftnutzung. Unklar sind auch die Auswirkungen auf die kommunale Bauleitplanung in den Städten und Gemeinden. Auch ist der ökologische Wert eines Waldes viel stärker davon abhängig, wie die aktuelle Bestockung und das Alter der Waldbestände ist. Der BUND tritt daher für einen konsequenten Verzicht der Windkraftnutzung in alten, ökologisch wertvollen Laubmischwäldern ein.

Aus Sicht des Klimaschutzes viel fataler sind die Nebenwirkungen dieser Gesetzesänderung, die der BUND befürchtet. Die Landesregierung sendet dabei nach außen ein falsches Signal. Die Anti-Windkraftszene, die sich wenige Stunden vor der Landtagswahl noch mit der CDU-Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer getroffen hat, wird keine Ruhe geben und lauthals weitere Einschränkungen bei der Windkraftnutzung fordern. Aber schon jetzt wird klar, dass bei weiteren Einschränkungen bei der Flächenkulisse für die Windkraftnutzung sich die klimapolitischen Ziele der Landesregierung noch weniger erreichen lassen als das jetzt schon der Fall ist. Bis 2020 soll der Anteil der erneuerbaren Energie am Stromverbrauch auf 20 Prozent steigen, so die Vereinbarung im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU.

Wie dieses Ziel erreicht werden kann, ist unklar. Die Zeit zum Handeln wird immer knapper. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn die erneuerbaren Energien und damit auch die Windkraftnutzung weiter ausgebaut werden. (ChH)



Foto: Christoph Hassel

Hier wird gerade ein Flügel hoch gezogen: Anlage in einem Fichtenforst bei Lautenbach.

Änderung Waldgesetz

Der Landtag hat im September 2017 eine Änderung des saarländischen Waldgesetzes beschlossen. Demnach stehen auf Grundflächen im Staatswald, auf denen sich seit 1817 Wald befindet die Belange des Natur- und Bodenschutzes der Errichtung von Windrädern in der Regel entgegen. In historisch altem Wald sind Windräder nur möglich, wenn ein überwiegend öffentliches Interesse für die Errichtung vorliegt. Dieses liegt vor, wenn an einem Standort in 150 Meter Höhe mindestens eine Windleistungsdichte von 321 Watt/qm gegeben ist und der Standort bereits erschlossen oder der Standort und die für die Erschließung erforderlichen Flächen vorbelastet sind.

BUND beteiligt sich bei der „Geburtshilfe“

Mit rätselhaften Worten wie in den Überschriften dieses Artikels geht es gleich weiter: In der Tat ist es eine blumig/bildliche Umschreibung für das „Baby“, das da jetzt unterwegs ist. Es geht um den Nachwuchs bei einem Personenkreis im Saarland, der mehr im Verborgenen still und auch vergnügt vor sich hin arbeitet – es sind die Tier-, Pflanzen-, Pilz- und was sonst noch so „kreucht und fleucht“-Artenkenner. Eine „Spezies Mensch“, die immer seltener wird.

Dabei wächst die Gefahr, dass Wissen und Fähigkeiten verloren gehen. So etwas ist aus dem Umfeld der handwerklichen Fähigkeiten bereits vielen bekannt. So manch ein altes Kirchenfenster könnte nicht mehr ersetzt werden, wenn es mal kaputt ginge, weil man nicht mehr weiß, wie die Farben- und Farbverläufe hergestellt wurden. So manch ein kompliziertes Turmuhrwerk hängt bei seiner Wartung an den Fähigkeiten eines einzelnen Menschen – und die biologische Uhr arbeitet unerbittlich, wenn es um das natürliche Ende dieser Person geht.

Nachwuchs muss her, „Babys müssen geboren werden“, damit Fähigkeiten an die nächste Generation weitergegeben werden können.

Die spezialisierten „Artenkenner“ sind das Kleinod, das von Seiten des bayerischen Landesverbandes des BUND, dem Bund Naturschutz in einer Studie auf den Punkt gebracht wurde. Unter dem Titel „Die Erosion der Artenkenner“ fand eine Analyse der Situation statt, die hier im Saarland beim Saarländischen Berufsverband der Landschaftsökologinnen und -ökologen (SBDL) anlässlich des 25-jährigen Bestehens vorgetragen wurde. Unter den Zuhörern war der saarländische Umweltminister Reinhold Jost. Auch wenn es ein Jubiläumstag der Freude war, der Vortrag war mehr als ernüchternd und hatte Konsequenzen. Der Minister gab den Startschuss zu Gegenmaßnahmen von Seiten des Ministeriums. Damit hat sich das Umweltministerium in der letzten Legislaturperiode auf eine „Schwangerschaft“ eingelassen, die sie auch in der augenblicklichen Legislaturperiode begleiten wird. Und aus diesen Worten mag man schon erahnen: „Das Ding braucht Weile!“ In der Tat, dieses Vorhaben braucht Zeit und nochmals Zeit, und damit ergibt sich eine weitere Ähnlichkeit zum Aufwachsen eines Kindes. Es wird ganz klein anfangen. Bis das „Windelzeitalter“ überwunden ist, wird wohl mehr als ein Weihnachten vorüber sein. In den Kinderschuhen wird man den zukünftigen Nachwuchs an die Hand nehmen müssen – „Hallo Herr Minister, wir brauchen Kindergeld!“ Die fachlich versierten „Gurus“ aus den naturkundlichen Verbänden und dem Naturschutz sollen dann die „Lehrer“ sein, die Lehrer der „Artenkennerschule“, und wie es sich für einen guten Unterricht gehört, ist auch die eigenständige Tätigkeit das, was gefördert werden soll. Geduld und nochmals Geduld ist also gefragt, die Parallelen, die hier mit den Begriffen „Nachwuchs“, „Schwangerschaft“, „Baby“, „Windelzeitalter“, „Kindergeld“, etc. gezogen wurden, sind nicht nur eine Wortspielerei, sondern knallharte Realität in Bildersprache, um zu verdeutlichen, was hier

auf uns zu kommt, nämlich dass wir Zeit brauchen, Geld brauchen und natürlich ganz viel Liebe, um erfolgreich den Nachwuchs für die Zukunft zu generieren, eine Investition, die uns hilft, nachhaltig mit unserer Umgebung, in der wir schließlich leben wollen, umzugehen.

Was für den BUND Saar selbstverständlich ist: „Wir sind mit dabei!“ Schließlich handelt es sich hier um ein Vorhaben, an dem der BUND Saar bereits seit Jahren die „Gebetsmühle“ bewegt.

Wie ist der augenblickliche Stand? Der SBDL hat auf Anregung des Ministers die Initiative ergriffen. Nach einigen Vor-

treffen, bei dem die wichtigsten Adressaten und potentiellen Mitstreiterorganisationen einbezogen wurden, ist jetzt der Entwurf einer Vereinbarung auf den Weg gebracht worden, die die Basis für ein zukünftiges gemeinsames Vorhaben darstellt. Man könnte es auch als einen Pakt bezeichnen, bei dem im Schulterschluss alle nach ihren Möglichkeiten an einem Strang ziehen.

Der BUND Saar verfolgt und beteiligt sich aktiv am weiteren Fortschreiten des Vorhabens. Er wird weiter darüber berichten und die Leserinnen und Leser auf dem Laufenden halten. Vielleicht sind unter ihnen auch ein paar, die sich für den Nachwuchs als „Paten“, oder besser gesagt als Mentoren mit einbringen möchten!?

Steffen Potel

Anmerkung des Autors: Auch ich hatte einen Mentor! Walter Robenz (†), Tischler von Beruf und Schmetterlingskundler in der Freizeit – Danke dafür!



Foto: BUND Saar

Das Gelingen der „Artenkennerakademie“ ist ein ganz wichtiger Meilenstein, der in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden muss und an dem der BUND Saar auch die Erfolgsbilanz des Umweltministers am Ende der Legislaturperiode messen wird.